

Offener Brief an die Kreisrätinnen und die Kreisräte im Zollernalbkreis

Sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,

wir sind eine Gruppe von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie betroffenen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben im Umfeld des geplanten Standorts Firstäcker, an dem das Zentralklinikum für den Zollernalbkreis gebaut werden soll.

Seit der Grundsatzentscheidung für den Standort *Firstäcker* 2017 begleiten wir das Vorhaben kritisch. Nach diesen beinahe zehn Jahren sehen wir jetzt den Zeitpunkt gekommen, das Gesamtprojekt im Hinblick auf die heutigen medizinischen, wirtschaftlichen und planerischen Rahmenbedingungen grundlegend zu überprüfen. Unser Ziel ist definitiv nicht die Verhinderung einer modernen Gesundheitsversorgung. Wir befürworten ausdrücklich ein leistungsstarkes Zentralklinikum im Zollernalbkreis.

Unsere Stellungnahmen zum erneut ausgelegten Bebauungsplan „Zentralklinikum Zollernalb/Firstäcker“ haben dazu geführt, dass die Stadtverwaltung Balingen für die Prüfung und Abwägung mehr Zeit benötigt als vorgesehen.

Der vorliegende Bebauungsplanentwurf lässt für uns wesentliche Fragen bezüglich der Realisierbarkeit, der Folgekosten und der Rechtssicherheit offen. In unseren Stellungnahmen haben wir insbesondere auf Risiken durch Hangrutschungen, unzureichende Ableitung von Oberflächenwasser, Lärm, Nutzungskonflikte, Hubschrauberbetrieb, verkehrliche Anbindung und Flächenverbrauch hingewiesen.

Wir sehen die aktuelle Phase der Abwägung und die möglichen Verzögerungen nicht als planerisches Problem, sondern als Chance, die politischen Dimensionen des Gesamtprojekts zu diskutieren und eine Neubewertung der Entscheidungsgrundlagen vorzunehmen.

Sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte, wir sehen zwei politische Fragen, die für eine weitere Beurteilung im Mittelpunkt stehen müssen: Ist das medizinische Konzept zeitgemäß und ist die Finanzierung tragfähig?

Wesentliche medizinische, konzeptionelle Grundlagen des Projekts wurden vor mehreren Jahren entwickelt. Seither hat sich die Krankenhauslandschaft grundlegend verändert. Das medizinische Konzept des geplanten Zentralklinikums basiert auf Beurteilungen, Analysen und Auswertungen aus dem Jahr 2018 und folgende. Seither hat sich die gesundheitspolitische Landschaft durch das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) und das Krankenhausreformenpassungsgesetz (KHAG) grundlegend verändert. Diese beiden

Gesetze verändern die Zuordnung von Leistungsgruppen, Qualitätsanforderungen und Finanzierung integral. Diese Reformen stellen die bisherige Finanzierungslogik auf den Kopf.

Die Fallpauschalen wurden weitgehend abgeschafft und ein System von Vorhaltevergütung wurde etabliert. Es gibt eine Einteilung in Leistungsgruppen und Versorgungsstufen. Derzeit ist unklar, in welcher Stufe das Zollernalbklinikum einsortiert wird. Zudem müssen wir konstatieren, dass ambulante Behandlungen zunehmen und stationäre Aufenthalte immer kürzer werden. Wir planen also ein Krankenhaus der Vergangenheit – mit knapp 400 Betten.

Wir müssen also für ein tragfähiges Zentralklinikum berücksichtigen, welche stationären und ambulanten Kapazitäten zukünftig benötigt werden und wie sich Fallzahlen und Verweildauern entwickeln. Zudem muss geprüft werden, ob das geplante Raum- und Funktionskonzept noch dem jetzt aktuellen Bedarf entspricht.

Die Verwaltung bezeichnete das Zentralklinikum 2025 als strategische Antwort auf die Krankenhausreform. Diese Einschätzung entbindet natürlich nicht von einer aktuellen und transparenten Bedarfsprüfung. Die angekündigten Reformen selbst werden weiterhin angepasst und werden erst schrittweise vollständig wirksam werden. Darauf müssen wir uns vorbereiten.

Zum Punkt Finanzierung lässt sich viel sagen: Die finanziellen Herausforderungen für den Haushalt des Zollernalbkreises sind besorgniserregend. Ursprünglich wurde eine Deckelung für das Projekt Zentralklinikum bei 400 Millionen Euro beschlossen. Ob die Kostenrechnung haltbar ist, kann man jedoch mehr als begründet bezweifeln. Die Projektsteuerung weist für den aktuellen Planungsumfang nach dem Stand vom Juli 2025 zwar Kosten von 380 Millionen Euro aus, allerdings handelt es sich hierbei um ein Projektbudget ohne Preis- und Risikoreserven.

Es ist zudem weiterhin völlig unklar, wie hoch der Zuschuss des Sozialministeriums ausfallen wird und welche Teile des Bauvorhabens überhaupt förderfähig sind. Für den vollständigen Planungsumfang ergibt sich bereits eine Gesamtsumme von 404 Millionen Euro. Eine Kostenberechnung aus der Entwurfsplanung ist keine Festpreisgarantie – erst recht nicht bei schwankenden Baupreisen und schwierigen Baugrundverhältnissen.

Die bisherige Finanzierungsrechnung ging davon aus, dass der jährliche Verlustausgleich nach der Zentralisierung durch den Wegfall der Doppelvorhaltung und zusätzliche Leistungen deutlich reduziert werden kann und zur Schuldentilgung eingesetzt wird. Man nahm an, der Aufwand werde trotz Zins und Tilgung nicht wesentlich höher sein. Das kann man so planen, aber jetzt stellt sich heraus, dass sich

die wirtschaftliche Lage des Zollernalb-Klinikums weiter verschärft hat. Statt des ursprünglichen Abmangels von ca. 11 Millionen Euro wird für 2026 aktuell mit einem Defizit von rund 14,8 Millionen Euro gerechnet, und für 2027 wird bereits ein Fehlbetrag von mehr als 22 Millionen Euro erwartet – trotz steigender Patientenzahlen. Der Abmangel wird sich also eher verdoppeln. Und diese Annahme basiert immer noch darauf, dass das neue Zentralklinikum nach der Inbetriebnahme keinen Abmangel produziert, was nicht zu erwarten ist.

Die Stellschraube, an der der Kreistag drehen kann, ist die Kreisumlage. Eine weitere Erhöhung ist geplant, um den Krankenhausneubau zu finanzieren. Uns ist unklar, wie dies bei sinkenden Gewerbesteuerereinnahmen umsetzbar sein wird. Jede Erhöhung der Kreisumlage gefährdet die kommunalen Haushalte. Schon jetzt können die drei Mittelzentren im Zollernalbkreis nur schwer ihre kommunalen Pflichtaufgaben erfüllen. In den nächsten zehn Jahren wird es sicher nicht besser und einfacher. Wir sehen deswegen keinen weiteren Spielraum für eine Erhöhung der Kreisumlage.

Wir sehen, dass der Kreistag den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verpflichtet ist. Wir befürchten, dass die aktuellen Planungen für das Zentralklinikum am Standort *Firstäcker* mit der angedachten Finanzierung das andere Jahrhundertprojekt Regionalstadtbahn „kannibalisieren“ wird. Wir brauchen aber beide Infrastrukturprojekte.

Wir halten fest: Ein Projekt, dessen Finanzierung wackelig ist, darf nicht ohne eine aktualisierte Wirtschaftlichkeitsberechnung mit nachvollziehbaren Risiko- und Alternativszenarien vorangetrieben werden.

Jetzt könnte der Eindruck entstehen, wir seien eine reine Nein-Sager-Gruppe. Das sind wir nicht. Wir wollen eine leistungsfähige und gute Krankenhausversorgung im Zollernalbkreis. **Wir halten es jetzt für notwendig, eine Zentralisierung am bestehenden Klinikstandort Balingen unter den heutigen Rahmenbedingungen ernsthaft zu prüfen.** Klar ist, dass es dort Entwicklungspotential gibt und eine Zentralisierung am Standort Balingen genau die wirtschaftlichen und medizinischen Synergien erzeugen könnten, die wir brauchen.

Die Standortentscheidung im Jahr 2017 war eine politische und keine fachlich oder sachlich begründete Entscheidung. Nach fast zehn Jahren und grundlegend veränderten wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen darf dies keine ergebnisoffene Neubewertung verhindern.

Sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte, bitte nehmen Sie Ihre Kontrollfunktion als gewählte Vertreterinnen und Vertreter wahr. Sie sind für das Wohl des gesamten

Zollernalbkreises zuständig und entscheiden über die Zukunft der Menschen hier vor Ort.

Wir bitten Sie deshalb:

- Prüfen Sie, ob der Abwägungsvorschlag der Stadt Balingen im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens die Einwendungen überzeugend und abschließend behandelt.
- Veranlassen Sie eine Aktualisierung der medizinischen Bedarfs- und Strukturprüfung auf Grundlage der heutigen gesetzlichen Rahmenbedingungen.
- Fordern Sie eine aktualisierte Wirtschaftlichkeits- und Finanzierungsrechnung einschließlich realistischer Kosten ein und lassen Sie sich dabei Fördergelder und Zinskosten transparent darstellen.
- Lassen Sie eine ehrliche und ergebnisoffene Standort- und Variantenprüfung durchführen, die ausdrücklich die Zentralisierung am bestehenden Klinikstandort Balingen untersucht.
- Verhindern Sie bis zum Abschluss dieser Prüfungen und ihrer politischen Beratung und Bewertung geplante Baumaßnahmen.

Gutes, verantwortliches Handeln von Ihnen, liebe Kreisrätinnen und Kreisräte, bedeutet auch die Bereitschaft, frühere Entscheidungen neu zu bewerten, wenn sich wesentliche Grundlagen verändert haben. Eine erneute Prüfung ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von Größe und Weitblick.

Jederzeit stehen wir für persönliches und konstruktives Gespräch bereit. Vielen Dank vorab für Ihre Zeit, die Sie für dieses wichtige Thema investieren.

Wir werben hiermit auch um Unterstützung in der Bevölkerung im gesamten Zollernalbkreis. Weil wir es wichtig finden, dass wir uns über das Thema *Zentralklinikum* austauschen. Jetzt ist die Zeit, das **Zentralklinikum. Aber richtig!** zu denken.

Mit freundlichen Grüßen

Renate und Michael Sellner, Natalja Schramm, Matthias Eschler, Markus Luippold,
Jürgen Hess, Joke Herth

Verteiler

Herrn Landrat Günther Martin Pauli, Herrn Oberbürgermeister Dirk Abel,
Fraktionsvorsitzende im Balingen Gemeinderat und Vertreter der lokalen Presse